

N I E D E R S C H R I F T

über die 33. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **05.06.2002**
von: **17:00 Uhr**
bis: **18:50 Uhr**
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen
Elter, Uwe
Fries, Traute
Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg -
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Panthöfer, Ulrich - für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz -
Rothenpieler, Wilhelm
Stötzel, Wolfgang Dr.

II. Beratendes Mitglied:

Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

Siebel, Helmut

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

Vor Eintritt in die Tagesordnung lobt Herr Bürgermeister Stötzel die vorbildliche Organisation der Veranstaltung im Rahmen des Besuches des Landeskabinettes am 04.06.2002 und dankt allen an diesem Erfolg Beteiligten.

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um Punkt 16 und im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 8 bis 11 erweitert. Die bisherigen Punkte 8 und 9 erhalten die Bezeichnung 12 und 13.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dreisbach bestimmt.

33. HFA 05.06.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.05.2002

Herr Mues weist darauf hin, dass Herr Schiemer ab 17.55 Uhr an der Sitzung teilgenommen hat, in der Anwesenheitsliste jedoch nicht erfasst ist.

Herr Boller erinnert an eine Zusage des Bürgermeisters unter TOP 13, den Stadtverordneten das Urteil (bezüglich Baugebiet Giersberg-Ost) zur Verfügung zu stellen, sollte dieses bis zur Ratssitzung vorliegen.

Anmerkung zur Niederschrift:

Es liegt lediglich ein Beschluss zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung vor. Dieser ist der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt.

Ebenfalls zu TOP 13 macht Herr Kirchhöfer darauf aufmerksam, dass sowohl er als auch Prof. Dr. Holzäpfel aufgrund Befangenheit an der Abstimmung *nicht* teilgenommen haben. Bei der Wiedergabe des Beratungsergebnisses (aufgeführt sind 15 anstelle von 13 Stimmen) wurde dies nicht berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkungen wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

33. HFA 05.06.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

33. HFA 05.06.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

33. HFA 05.06.2002

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**5.1. Verkehrssituation im Bereich Boschgotthardshütte / Güterweg
Anregung gem. § 24 GO NW des Herrn Bernd Brockfeld vom 22.05.2002**

Vorlagenr. 1974/2002

Herr Bürgermeister Stötzel stellt fest, dass der Petent nicht anwesend ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß Buchstabe A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund der angeordneten verkehrsbehördlichen Maßnahmen die Anregung des Herrn Brockfeld für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Städtische Hilfen zur Arbeit

Vorlagenr. 1923/2002

dazu: Auszug aus den Niederschrift AfSFS am 15.05.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außer-

halb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);

B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon

- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
- 6 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gGmbH
- 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**7. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

Vorlagenr. 1582/2001

dazu: Ergänzungsvorlage 1582/2001 A

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Dr. Stötzel, dass man sich bei der Abstimmung enthalten wird. Die Notwendigkeit der zu leistenden inhaltlichen Aufgaben soll damit nicht bestritten werden. Ebenso wenig wird die Kompetenz der vorgeschlagenen Träger angezweifelt. Die Enthaltung richtet sich gegen den von der Verwaltung vorgeschlagenen „neuen“ Leistungsvertrag und hier insbesondere gegen wichtige Passagen und ihre inhaltliche Ausführung. Weiter richtet sich die Enthaltung auch gegen die unzureichende Information hinsichtlich der Bedarfe und der Vergleichbarkeit von Leistungsangeboten der Träger der Wohlfahrtsverbände, der Vereine und auch der privaten Anbieter. Die Frage der am Markt zu überprüfenden Angebote bei vorher festgelegten Qualitätsstandards im sozialen Bereich darf nicht tabuisiert werden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist der vorgeschlagene Leistungsvertrag keine Veränderung zum status quo.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1582/2001 als Anlage beigefügten

Leistungsvertrag einschließlich Anlagen zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen (SPD)

**8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 1583/2001

dazu: Ergänzungsvorlage 1583/2001 A

dazu: Auszug aus der Niederschrift AfSFS am 23.05.2002

Herr Dr. Stötzel verweist auf seinen Wortbeitrag zu dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag (in Abänderung auf Antrag von Herrn Mues):

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1583/2001 als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen mit folgender Korrektur zu:

In § 8 des neuen Leistungsvertrages ist die Laufzeit vom 01.07.2002 bis zum 31.12.2003 zu begrenzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen (SPD)

9. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Vorlagenr. 1951/2002

dazu: Auszug aus der Niederschrift AfSuB am 04.06.2002

Entgegen der Vorlage hat die SPD-Fraktion im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahresbeginn 2002 / 2003 beantragt, so Herr Kirchhöfer. Es wird ein dringender Bedarf gesehen, zugunsten behinderter Schüler neben bereits bestehenden integrativen Angeboten auf dem Kindergarten- und auf dem Grundschulsektor auch im weiterführenden Bereich entsprechende Möglichkeiten vorzuhalten.

Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion.

Herr Bürgermeister Stötzel vertritt die Auffassung, dass körperlich, geistig und lernbehinderte Schüler in den jeweiligen, sächlich und personell entsprechend ausgestatteten Sonderschulen in Siegen, u. a. der Hans-Reinhardt-Schule und der Pestalozzi-schule, auf optimale Art und Weise gefördert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

10. Einbindung einer Schülervertreterin/eines Schülervertreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 1959/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2001

- 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht**
- 2. Kenntnisnahme der restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben**
- 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss**

Vorlagenr. 1955/2002

Herr Baumeister erläutert die Kerndaten der Vorlage. Im Anschluss beantwortet er die Fragen der Ausschusmitglieder.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis,

2. nimmt die restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 zur Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt:	453.517,27 DM
im Vermögenshaushalt:	880.650,43 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

12. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002

Vorlagenr. 1964/2002

Herr Baumeister geht umfassend auf die Vorlage ein. Ergänzend teilt er mit, dass der Arbeitskreis Steuerschätzung eine Steuerprognose für das laufende und für kommende Jahre abgegeben hat. Hiernach werden die Kommunen weiterhin erhebliche Einnahmeausfälle, insbesondere in den Bereichen Gewerbesteuer und gemeindlicher Anteil an der Einkommensteuer, zu beklagen haben.

Seit dem 03.06.2002 liegt die aufsichtsbehördliche Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vor. Sie enthält weder Bedingungen noch Auflagen. In dem mehrere Seiten umfassenden Schriftstück teilt die Aufsichtsbehörde insbesondere die Auffassung, dass die Haushaltssituation der Stadt Siegen auch bezüglich der weiteren Haushaltskonsolidierung als dramatisch zu bezeichnen ist. Die Fraktionsvorsitzenden werden vorab eine Kopie der Genehmigung erhalten. Eine Vorlage mit einer Bewertung und Schilderung weiterer einzuleitender haushaltswirtschaftlicher Maßnahmen wird erstellt. Die Verhängung einer Haushaltssperre erscheint aus derzeitiger Sicht unumgänglich.

Mit der Begründung gestiegener Sozialhilfesaufwendungen überlegt der Kreis Siegen-Wittgenstein derzeit angeblich, ggf. eine Veränderung des Hebesatzes für die Kreisumlage herbeizuführen. Eine Korrektur wäre noch bis zum 30.06.2002 möglich. Er wird an den Kreis appellieren, von Überlegungen dieser Art Abstand zu nehmen und hofft diesbezüglich auf bestätigende Unterstützung durch den Haupt- und Finanzausschuss. Die Stadt Siegen ist außerstande, eine noch höhere Kreisumlage leisten zu können.

Herr Baumeister wagt die Prognose, dass sich die Stadt Siegen aus eigener Kraft nicht mehr aus der finanziellen Misere befreien kann. Es bedarf vor allem einer konjunkturellen Belebung. Wirksame Soforthilfen könnten auch eine Entfrachtung von der Gewerbesteuerumlage oder umfassende Steuerrechtsänderungen sein.

Herr Bürgermeister Stötzel zeigt auf, dass sich mittlerweile 75 % aller Städte und Kommunen in einer vergleichbar schlechten Haushaltslage wie Siegen befinden. Eine Gemeindefinanzreform ist dringend erforderlich.

Herr Mues unterrichtet, dass ab kommendem Jahr eine 2 %-ige Erhöhung der Umlage des Landschaftsverbandes zu befürchten ist. Selbst, wenn der unwahrscheinliche Fall einer positiven Entwicklung der Konjunktur einträte, würden sich monetäre Kon-

sequenzen bei den Kommunen frühestens gegen Ende des nächsten Jahres bemerkbar machen. Grundsätzlich ist die Verpflichtung zur jährlichen Fortschreibung von Haushaltssicherungskonzepten in Frage zu stellen, wenn zwischenzeitlich $\frac{3}{4}$ aller Kommunen zur Ausweisung erheblicher Fehlbeträge gezwungen sind. Städte und Gemeinden müssen gegenüber den verantwortlichen Stellen nunmehr deutlich machen, dass die Uhr nicht mehr 5 vor, sondern 5 *nach* 12 anzeigt.

Auf Frage von Herrn Kirchhöfer antwortet Herr Bürgermeister Stötzel, dass er inzwischen eine Wiederbesetzungssperre verfügt hat, um den vom Rat vorgegebenen Haushaltsansatz für Personalausgaben erreichen zu können.

Herr Baumeister bestätigt die Aussage von Herrn Kirchhöfer, wonach die Kommunen vor dem Hintergrund wieder ansteigender Sozialhilfesaufwendungen einerseits über die Kreisumlage und andererseits über die ab 2001 zu leistende Eigenbeteiligung doppelt belastet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch Akquirierung von Hauptwohnsitzanmeldungen

Vorlagenr. 1965/2002

Herr Mues ist erstaunt über den Inhalt der Vorlage. Vor rd. 2 ½ Jahren wurde eine in dieselbe Richtung zielende Anfrage des Stadtverordneten Schiemer durch Herrn Baumeister dahingehend beantwortet, dass einerseits Aktionen mit dem Fokus auf vermehrte Hauptwohnsitzanmeldungen als wenig sinnvoll bewertet werden und andererseits rechtliche Bedenken gegen „Lockangebote“ dieser Art bestehen. Die rechtliche Situation hat sich seines Erachtens seitdem nicht geändert. Weitere Probleme sieht er in der verwaltungstechnischen Abwicklung sowohl in personeller als auch in organisatorischer Hinsicht. Mehrmaliges Ummelden Einzelner, um in den Genuss größtmöglicher Vergünstigungen zu kommen, ist auf jeden Fall zu verhindern.

Die finanzielle Notlage treibt ihn zur Unterbreitung des Beschlussvorschlages, so Herr Baumeister. Die Interpretation des seinerzeit angeführten Urteiles des Bundesverwaltungsgerichtes geht zwischenzeitlich in eine Richtung, die den vorgeschlagenen Schritt zulassen könnte. Denkbar ist eine einjährige Durchführung der Maßnahme, um im Anschluss, basierend auf erzielten Ergebnissen, erneut zu befinden. Herr Boller bringt vor, dass der unterbreitete - seiner Meinung nach fragwürdige - Beschlussvorschlag gesamtwirtschaftlich gesehen ein Null-Summen-Spiel darstellt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als Anreiz zur Hauptwohnsitzanmeldung, den Siegener Studierenden, die von außerhalb kommen und ihren Hauptwohnsitz in Siegen anmelden, beginnend mit dem Wintersemester 2002/2003 einmalig die Kosten für das Semesterticket (derzeit 51 EURO) zu erstatten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen (CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

14. I. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil (Alt-) Siegen

II. Bebauungsplan Nr. 308 „Schemscheid“ im Stadtteil (Alt-) Siegen;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Vorlagennr. 1844/2002

dazu: Auszug aus der Niederschrift BA am 29.04.2002

Beschlussvorschlag (in Abänderung der Ziffern 2.3 und 2.4 gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden zu den beiden Bauleitplänen keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen eines Trägers öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft zu den beiden Bauleitplänen wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Die von der Pipeline Engineering angeregte planungsrechtliche Sicherung der Ruhrgasleitung LA 416 ist durch das im Bebauungsplan Nr. 308 für das Flurstück 125 festgesetzte Leitungsrecht zugunsten der Stadt Siegen, ESi sowie der Versorgungsträger für Gas, Strom, Wasser und Fernmeldewesen berücksichtigt.
 - 2.2 Der von dem Einwender Auf der Schemscheid 33 vorsorglich eingelegte Widerspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 308 ist gegenstandslos.
 - 2.3 Die von den Einwendern Auf der Schemscheid 15 und 33 angeregte Beseitigung der Engstelle in der Straße Auf der Schemscheid im Be-

- reich des Stützpfeilers der aufgeständerten Hüttentalstraße durch eine separate Fahrspur stadteinwärts wird nicht berücksichtigt.
- 2.4 Die beiden Schreiben des Einwenders Auf der Schemscheid 22 - 26 werden zur Kenntnis genommen.
Die Anregung (als Widerspruch bezeichnet) gegen die im Bebauungsplan Nr. 308 festgesetzte Wendeanlage am Ende der Straße Auf der Schemscheid wird zurückgewiesen.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
- 3.1 die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 5 der Vorlage;
- 3.2 den Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
- 3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" laut Anlage 6 der Vorlage.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
0 Enthaltungen**

15. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 „Berghofstraße“ in Siegen-Meiswinkel;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der TÖB
- Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 49 „Berghofstraße“ und ihre öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 1834/2002

dazu: Auszug aus der Niederschrift BA am 13.05.2002

Beschlussvorschlag (in Abänderung gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel und seine öffentliche Auslegung mit Begründung unter Berücksichtigung folgender Änderung:
Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
2. Über die von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der Bürgerbeteiligung vom 07.01. - 21.01.2002 vorgebrachten Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Die Anregungen zum Drempele und zu den Dachgauben werden berücksichtigt.
- 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass von den beteiligten Trägern öffentlicher Belange (TÖB) für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung keine bedeutsamen Planungen und sonstige Maßnahmen angegeben wurden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**16. Strukturoffensive Siegen-Mitte
- Einrichtung eines Projektbüros**

Vorlagenr. 1988/2002

Herr Bürgermeister Stötzel erläutert die Vorlage und wirbt dafür, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Sollte ein positiver Beschluss gefasst werden, so sagt er zu, der Forderung des Herrn Boller nach Zwischenberichten und einem Abschlussbericht nachzukommen.

Herr Boller vertritt die Auffassung, dass der Erfolg des Projektbüros mit der dort zu beschäftigenden Person steht oder fällt. Bei einer Befristung der Stelle auf ein Jahr wird es schwierig sein, einen qualifizierten Mitarbeiter zu finden.

Herr Kirchhöfer schließt sich seinem Vorredner an. Die Notwendigkeit des Projektbüros stellt er nicht in Frage, doch ist das große Spektrum der Aufgaben an der Grenze des Leistbaren eines Mitarbeiters. Alternativ kann er sich die Heranziehung eines gewerblichen Anbieters über eine vertragliche Regelung vorstellen.

Die Befristung der Stelle auf ein Jahr musste aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel vorgeschlagen werden, eine Verlängerung wäre jedoch wünschenswert, so Frau Schneider. Der künftige Stelleninhaber ist als zentrale Ansprechperson im Projektbüro zu sehen, die auf Hilfestellungen seitens der Gesellschaft für Stadtmarketing und der Wirtschaftsförderungsabteilung zurückgreifen kann.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuß beschließt, die Umsetzung der Strukturoffensive Siegen-Mitte durch die anteilige Finanzierung des „Projektbüros Oberstadt“ in Höhe von 30.000 Euro aus zweckgebundenen Mitteln für strukturfördernde Maßnahmen in der Oberstadt zu unterstützen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Frau Mockenhaupt

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

05.06.2002

Betreff:

**Verkehrssituation im Bereich Boschgotthardshütte / Güterweg
Anregung gem. § 24 GO NW des Herrn Bernd Brockfeld vom 22.05.2002**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund der angeordneten verkehrsbehördlichen Maßnahmen die Anregung des Herrn Brockfeld für erledigt.

Sachverhalt / Begründung:

Die Anregung des Herrn Brockfeld ist nach § 24 Gemeindeordnung NW formell zulässig.

Die Angelegenheit wurde hinsichtlich der Beschilderung von Haltverboten überprüft. Dabei ist festgestellt worden, daß Verkehrszeichen (eingeschränktes Haltverbot mit der zeitlichen Befristung werktags von 8 – 11 Uhr) bergseits des Güterweges aus nicht nachvollziehbaren Gründen entfernt wurden.

Zwischenzeitlich ist die Wiederherstellung der Haltverbotsregelung wieder angeordnet worden und die Beschilderung wird kurzfristig aufgestellt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer, Herrn Liedtke, Herrn Hüls-
mann

Datum
25.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	15.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Städtische Hilfen zur Arbeit

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
 - 6 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gGmbH
 - 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
84.500 €	252.000 €	84.000 €		<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH erfolgt im UA 498	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 84.000 €	Haushaltsstelle
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 4

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.02.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	28.02.2002
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	23.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen
Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1582/2001!!! Weil die schon archiviert
war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungs-
vertrag einschließlich Anlage zu.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.02.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	28.02.2002
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	23.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum
16. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen	04.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Definition sonderpädagogischer Fördergruppen

Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I sind eine im Schulverwaltungsgesetz (§ 4 Abs. 6) vorgesehene Möglichkeit zur schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I.

In ihrem Konzept gehen sie, im Gegensatz zum Schulversuch mit „gemeinsamem Unterricht“ in der Sekundarstufe I, zunächst von einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder aus. Als Teil einer allgemeinen Schule ergeben sich jedoch vielfältige Möglichkeiten, Gemeinsamkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern herzustellen und zu fördern.

Die sonderpädagogische Fördergruppe ist dabei Teil einer allgemeinen Schule. Sie kann in einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule eingerichtet werden.

Für eine sonderpädagogische Fördergruppe sind mindestens 3-4 Kinder erforderlich, als durchschnittliche Größe wird von 8 Kindern ausgegangen. Die Gruppe kann jahrgangsübergreifend gebildet werden. Dieser Gruppe zur Seite gestellt, soll eine Ko-

operationsklasse als „Patenklasse“ gebildet werden, die gemeinsam mit der sonderpädagogischen Fördergruppe Regelklassenstärke nicht überschreitet (als maximal rd. 20 Schülerinnen und Schüler), um auch tatsächlich Plätze für gemeinsame Unterrichtsangebote zur Verfügung zu haben.

Art und Umfang der Einbindung in die Unterrichtsinhalte der Regelschule richtet sich ausschließlich an den Fähigkeiten der Einzelnen in der sonderpädagogische Fördergruppe aus. In der Regel wird der Schwerpunkt der unterrichtlichen Ausrichtung in der sonderpädagogischen Fördergruppe selbst liegen. Hierfür ist eine gesonderte Lehrkraft mit entsprechender Ausbildung vorgesehen.

Dementsprechend ist für die sonderpädagogische Fördergruppe der Unterricht zunächst organisatorisch so zu planen, dass alle Unterrichtsstunden durch die Sonderschulkraft abgedeckt werden können. Im Rahmen der Erstellung eines pädagogischen Programmes sollte darüber hinaus festgelegt werden, wie die Schülerinnen und Schüler der sonderpädagogische Fördergruppe am Schulleben außerhalb des Unterrichtes beteiligt werden können. Hierzu gehört z.B. die Gestaltung von Pausen, die Möglichkeit, Arbeitsgemeinschaften zu wählen, Teilnahme an unterrichtlichen Schulveranstaltungen, an Schulwanderungen, Projektwochen u.ä.

Das **Rahmenkonzept** des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW „Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I“ ist der Vorlage beigelegt.

Die Entscheidung, ob eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, trifft der jeweilige Schulträger durch entsprechenden Ratsbeschluss. ***Ein Rechtsanspruch gegen den Schulträger (Stadt Siegen) auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe besteht nicht.***

Über den sonderpädagogischen Förderbedarf und den schulischen Förderort entscheidet das Schulamt (Kreis Siegen-Wittgenstein), indem es die sonderpädagogische Fördergruppe als geeigneten sonderpädagogischen Förderort benennt. Die Einzelanhörung des Schulträgers bleibt hiervon unberührt.

2. Auftrag des Schulträgers:

Wenn der Bedarf für eine sonderpädagogische Fördergruppe hinsichtlich des Schüleraufkommens festgestellt ist, muss der betroffene Schulträger prüfen, ob in den allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I der *notwendige zusätzliche Unterrichtsraum* einschließlich der ggf. *erforderlichen behindertengerechten Ausstattung* zur Verfügung gestellt werden kann. Außerdem muss der Schulträger, analog zur Förderung an einer Sonderschule, die *notwendigen Lehr- und Lernmittel* zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind auch *schulentwicklungsplanerische Gesichtspunkte* (z.B. *Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen u.ä.*) zu prüfen.

3. Aktuelle Ausgangslage:

3.1 Bedarf

Der Stadt Siegen als Schulträger liegen derzeit 6 Anträge auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe vor.

Aufgrund des sich abzeichnenden Bedarfes wurde von der Schulverwaltung der Stadt Siegen gemeinsam mit dem Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein am

19. Dezember 2001 ein Informations- und Diskussionsgespräch für die Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde im Rahmen einer mündlichen Berichterstattung mit anschließender Diskussion in seiner Sitzung am 21.03.2002 informiert.

Die zur Zeit vorliegenden Anträge betreffen durchweg Kinder, die bisher in der Primarstufe (Grundschulen) im Rahmen des gemeinsamen Unterrichtes beschult wurden.

Das schulträgerspezifische Anforderungsprofil für die Kinder ist nach Auskunft der Schulaufsichtsbehörde wie folgt angegeben:

Vorname:	Sonderpädagogischer Förderbedarf	Art des Schülerfahrverkehrs	Besondere Lehr- und Lernmittel	Behindertenspezifische Baumaßnahmen/-vorgaben
Abdurrahman	Lernbehinderung	Fahrtkosten	Fördermaterialien	-
Felek	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-
Christiane	Körperbehinderung evtl. auch Lernbehinderung	Schülerspezialverkehr (später evtl. Fahrtkosten Linienverkehr)	Fördermaterialien aus Bestand	-
Jana	Körperbehinderung (Lernbehinderung)	Schülerspezialverkehr (z.Zt. durch Eltern)	Laptop und Fördermaterial vorhanden	Rollstuhlfahrerin, Klasse ohne Treppengang
Ahmed	Körperbehinderung	Spezialverkehr mit Zivi-Begleitung	-	-
Gülbeck	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-

3.2 Prüfung der sächlichen Voraussetzungen

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, muss der Schulträger u.a. prüfen, ob er die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe erfüllen kann.

Unproblematisch dürfte hierbei der zusätzliche Aufwand für den Schülerfahrverkehr sowie die Beschaffung der besonderen Lehr- und Lernmittel sein.

Bezüglich des Schülerfahrverkehrs ist zunächst festzuhalten, dass in der Regel bei den vorliegenden Anträgen auch Fahrtkosten bei Besuch einer Sonderschule anfallen würden. Die Höhe des Mehrbedarfes aufgrund der geänderten Entfernung dürfte sich nach vorläufiger Einschätzung unter 2.000 €/Jahr bewegen.

Für die Anschaffung einer Grundausstattung an Fördermaterialien schlägt die Schulaufsicht einen Betrag von 2.000 € im ersten Jahr und 1.000 € in den Folgejahren (Ergänzungsbedarf) vor.

Ähnlich wie bei der Zustimmung für den Gemeinsamen Unterricht sollte auch hier die Stadt Siegen als Schulträger ihre Zustimmung zur Aufnahme in die sonderpädagogische Fördergruppe davon abhängig machen, dass Kosten für zusätzliches therapeutisches oder pflegerisches Personal und Zivildienstleistende der Stadt Siegen als Schulträger nicht entstehen. Nach der derzeitigen Rechtsprechung müssen diese Kosten damit vorbehaltlich einer abweichenden Rechtsprechung zur Klärung über bestehende Erstattungsansprüche des Sozialhilfeträgers gegenüber dem Schulträger vom zuständigen Sozialhilfeträger getragen werden.

Problematisch gestaltete sich die **Suche nach geeignetem Schulraum**. Hierzu wird auch auf die Gebäudedaten und Bedarfsrechnungen im Schulentwicklungsplan

der Stadt Siegen 1998 bis 2003 verwiesen. Für den Bedarfsabgleich wurde dort der schulische Bedarf an Räumlichkeiten in einen Abgleich mit den Raumprogrammempfehlungen für Schulen der jeweiligen Größe gebracht. Dieser Abgleich wurde als einzige vergleichbare und neutrale Bewertung angewandt, wohl wissend, dass die Raumprogrammempfehlungen des Landes unterhalb der tatsächlichen Bedarfe der Schulen liegen. Hierzu sei an fehlende Differenzierungsräume, besondere Raumbedarfe wie z.B. Streitschlichtung u.a. erinnert. Dies bedeutet in der Praxis aber auch, dass die „rechnerisch vorhandenen“ Freikapazitäten in der Schulentwicklungsplanung faktisch schulisch genutzt werden und auch bedarfsgerecht genutzt werden. Die schulische Argumentation eines höheren Bedarfes als das Raumprogramm vorsieht, ist pädagogisch nochvollziehbar und auch begründet. Sie gilt jedoch für alle Schulen in der Stadt Siegen, würde also zum Beispiel auch auf die als „frei“ bezeichneten Räume der beiden Hauptschulen zutreffen. Der Abgleich mit dem Raumprogramm zeigt im Umkehrschluss aber auch die Raumknappheit der Siegener Schulen insgesamt. Das hier im Gefolge des Rückganges der Schülerzahlen insgesamt bei gleicher Gebäudesubstanz keine Entspannung aufgetreten ist, liegt neben einer Entzerrung der Überbelegungen aus der Vergangenheit auch in den schulisch erforderlichen „neuen Raumangeboten“ wie zum Beispiel „Neue Medien“ u.ä. begründet. In der Schulentwicklungsplanung wurden 4 Schulen auf der Basis der Raumprogrammempfehlungen mit geringen „Freikapazitäten“ errechnet.

Dies waren im Erhebungszeitraum (1997/98):

Haardter-Berg-Schule (Hauptschule)

Winchenbachschule (Hauptschule)

Realschule Am Häusling und

Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.

Die aktuellen Schülerzahlenentwicklungen haben keine weiteren „Freikapazitäten“ bei anderen Schulen der Sekundarstufe I ergeben. Gegenüber der damaligen Erhebung sind aktuell folgende Entwicklungen mit räumlicher Relevanz eingetreten.

Hauptschulen:

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Schüler sind leicht steigend (vergleiche auch Darstellung der räumlichen Situation der Hauptschulen im Zusammenhang mit der Vorlage „Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach“ – Rat 24.4.2002-) Während die Hauptschulen Albertus-Magnus-Schule, Achenbacher Schule, Eiserfeld und Geschwister-Scholl-Schule Raumfehlbedarfe haben, wäre bei den Hauptschulen Haardter Berg und Winchenbach nach derzeitigem Erkenntnisstand im Schuljahr 2002/2003 rechnerisch jeweils ein Klassenraum verfügbar. Diese Räumlichkeiten wurden bisher von dem Weiterbildungskolleg (ehemals Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt) für die Durchführung von Vormittagsunterricht belegt. Sofern die Schülerzahlenentwicklung beider Schulen konstant bleibt, ist davon auszugehen, dass diese (rechnerische) Freikapazität mit dem Schuljahr 2003/2004 nicht mehr vorhanden ist. Für die Haardter-Berg-Schule ist davon auszugehen, dass aufgrund einer erforderlichen weiteren Trennung eines bestehenden Klassenjahrganges zum Schuljahr 2002/2003 diese „freie“ Kapazität bereits mit dem Schuljahresbeginn nicht mehr vorhanden ist.

Beide Schulen kommen jedoch für die Anbindung einer sonderpädagogischen Fördergruppe auch nicht in Betracht, da die baulichen Voraussetzungen (behinderten/rollstuhlgerecht) fehlen und nur mit hohem Aufwand nachträglich erfüllt werden könnten. In Vorgesprächen haben zudem die jeweiligen Schulleitungen zusätzlich ihren hohen Integrationsaufwand im schulformbezogenen Unterricht geltend gemacht.

Realschulen:

Wie bereits in der Schulentwicklungsplanung verdeutlicht, haben die Realschulen keine Raumkapazitäten frei. Die im Ausblick auf die mittelfristige Schulentwicklung dargestellten Erhöhungen der Schülerzahlen haben mittlerweile zu Raumengpässen bei allen Realschulen und einer Vielzahl von Doppelnutzungen der vorhandenen Räumlichkeiten geführt, die sich zum Teil hart an der Grenze eines funktionierenden Fachunterrichtes bewegen. Perspektivisch wäre nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues und der Umbaumaßnahmen der Realschule Am Hengsberg für diese Schule eine neue Bewertung sinnvoll.

Gymnasien:

Auch hier sind nur geringfügige Änderungen gegenüber der aufgezeigten Entwicklung im SEP 1998 – 2003 eingetreten. Zusätzliche Raumkapazitäten haben sich nicht ergeben. Die geringfügigen Veränderungen in den Schülerzahlen haben sich nicht auf die Raumbedarfe, sondern bestenfalls auf die Klassenstärken ausgewirkt. Zwar sind die Schülerzahlen gerade des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums gegenüber der Prognose um 63 Schülerinnen und Schüler (Stand Schuljahresstatistik 2001/2002) gestiegen, dennoch ist diese Schule derzeit das einzige Gymnasium, dass im Abgleich zu den Raumprogrammempfehlungen aktuell noch einen Raumüberhang (1-2 Räume) aufweist. Dem steht die schulische Rückmeldung auf fehlende räumliche Differenzierungsmöglichkeiten aus der bereits in der Vorlage aufgezeigten Nichtberücksichtigung bestimmter Raumbedarfe im Raumprogramm gegenüber. Im Vergleich bleibt die Schule daher derzeit als die einzige Einrichtung dieser Schulform, die räumlich eine sonderpädagogische Fördergruppe aufnehmen könnte.

Gesamtschulen:

Die zwei Gesamtschulen der Stadt Siegen liegen minimal unter dem Bedarf nach der Raumprogrammempfehlung. Freikapazitäten sind nicht vorhanden. Die Zahl der Gesamtschüler wird seit Jahren von der Anzahl der vorhandenen Kapazität bestimmt. Neben den fehlenden Raumreserven würde die Reduzierung der Schülerzahl der „Patenklasse“ die Zahl der jährlichen Schülerabweisungen erhöhen und die Mangelsituation weiter verschärfen.

Bauliche Sonderanforderungen:

Bei den Antragstellern auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist eine Rollstuhlfahrerin vertreten. Daher muss das Schulgebäude so ausgerichtet sein, dass zumindest der Betreuungs-/Klassenraum rollstuhlgerecht erreichbar ist und möglichst viele weitere Unterrichtsangebote räumlich erreichbar sind. Entsprechend war die Erreichbarkeit des Schulgebäudes und der Räume mit in die Überlegungen einzubeziehen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass keine Schule der Sekundarstufe 1 unter Trägerschaft der Stadt Siegen von der Zuwegung und den Räumlichkeiten ein Komplettangebot einschließlich Fachräumen und Sport für Rollstuhlfahrer ermöglicht. Bei vielen Schulen (z.B. Winchenbachschule, Gymnasium auf der Morgenröthe, Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gesamtschule Eiserfeld usw.) ist bereits ein Erreichen der Schule oder auch nur eines Klassenraumes für Rollstuhlfahrer ausgeschlossen. Lediglich das Gymnasium Am Löhrtor (Treppenlift), das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (Fahrstuhl) und eingeschränkt die Bertha-von-Suttner-Gesamtschule (Rampe) sind teilweise rollstuhlgerecht ausgebaut. In dem Erweiterungsbau der Realschule am Hengsberg ist der Einbau eines Fahrstuhles enthalten.

Räumliches Fazit:

Auch bei Berücksichtigung der –berechtigten- räumlichen Bedenken der Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums könnte derzeit keine andere Alternative aufgezeigt werden, als die sonderpädagogische Fördergruppe an diesem Gymnasium anzusiedeln. Hierbei müssten die berechtigten Bedenken der Schulleitung jedoch unberücksichtigt bleiben.

3.3 Bewertung der schulentwicklungsplanerischen Auswirkungen:

Die Bildung einer sonderpädagogischen Fördergruppe hat zunächst direkte Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen sowie die aufnehmende Schule.

Für die Sonderschulen unter städtischer Trägerschaft kann festgehalten werden, dass die Bildung *einer* Gruppe zu keiner Bestandsgefährdung der bestehenden Sonderschulen führt. Dieser Aspekt ist jedoch in der Zukunft bei weiteren Anträgen jeweils im Einzelfall erneut zu werten.

Sowohl die Schulleitungen der Sonderschulen als auch die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums sind im Vorfeld um Stellungnahme zu der geplanten Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe aufgefordert worden. Diese Stellungnahmen liegen der Vorlage bei.

Die sich im Einzelnen ergebenden Bedenken sind aus Sicht der Schulverwaltung zumindest teilweise nachvollziehbar und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wobei eine inhaltlich pädagogische Wertung nicht in das Aufgabenfeld der Schulverwaltung fällt, sondern in jedem Einzelfall durch die Schulaufsicht gewichtet wird bzw. gewichtet wurde. Unstrittig war in der Beratung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 21.03.2002 die Wertung, dass bei den allgemeinbildenden Schulen aufgrund fehlender spezifischer räumlicher und sächlicher Ausstattung und unterschiedlicher pädagogischer Ausbildungsschwerpunkte der Unterrichtenden in der Vermittlung schulischen Wissens ein Qualitätsverlust in der schulischen Einzelförderung der Kinder der sonderpädagogischen Fördergruppe gegenüber einer schulischen Förderung in einer spezialisierten Sonderschule zu erwarten sei. Die Eltern/Erziehungsberechtigten haben sich auch vor dem Hintergrund dieser Information durch die Schulaufsichtsbehörde für diese Form der Beschulung entschlossen, wobei hauptsächlich als Grund der Wunsch auf eine Teilnahme und ein frühzeitiges möglichst umfangreiches Lernen des Lebens in der Gesellschaft mit ihren Rahmenbedingungen ausschlaggebend war. Hierbei sei am Rande bemerkt, dass Erfahrungen anderer Schulträger mit diesem Beschulungsmodell sehr stark auch die positiven Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer der aufnehmenden Schule hervorheben.

Ein verstärktes Augenmerk bei den Bedenken der Sonderschulen ist sicherlich auf die personellen Probleme dieser Schulform zu legen, da aus dem Bestand des dortigen Lehrpersonals kurzfristig (am nächsten Tag) Vertretungspersonal bei einer Erkrankung der Fachkraft der sonderpädagogischen Fördergruppe zu stellen ist. Alternativen hierzu bestehen jedoch nicht.

Die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums wurde nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Gegebenheiten (siehe vorherige Ausführungen) von der Schulverwaltung angesprochen, eine gesonderte Informationsveranstaltung unter Einbindung der Schulaufsicht ist im Rahmen einer Schulkonferenzsitzung im Februar 2002 erfolgt,

die Schulleitung hat nach weiteren Gesprächen mit Schreiben vom 02.05.2002 (Anlage) eine Stellungnahme abgegeben. Auch hier können die durchaus nachvollziehbare Bedenken aus pädagogischer Sicht nicht im Einzelnen und umfassend durch den Schulträger gewertet werden. Angemerkt werden muss jedoch, dass aufgrund der zieldifferenten Unterrichtung das Ministerium bewusst keine Einschränkung der Schulform vorgesehen hat und es auch bereits vereinzelt sonderpädagogische Fördergruppen an Gymnasien gibt.

Unabhängig von der Schulform ist festzuhalten, dass das im Rahmenkonzept vorgesehene pädagogische Konzept erst noch mit der Schulaufsicht erarbeitet werden muss. Dies ist jedoch antragsunschädlich und kann durchaus der Bezirksregierung nachgereicht werden, da dort bekannt ist, dass gerade bei einer Neueinrichtung und der damit verbundenen Erstaufnahme aller Kinder dieses Konzept in der Regel erst in Abhängigkeit der Gruppenzusammensetzung erarbeitet werden kann.

4. Fazit:

Nach Wertung des in der Vorlage dargestellter Sachverhaltes empfiehlt die Verwaltung aufgrund der räumlichen Situation und der aufgezeigten Bedenken von einer Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 abzusehen.

Wenngleich die Interessenlage der betroffenen Kinder und deren Erziehungsberechtigten nachvollziehbar und erfüllungswert ist, sieht sich die Verwaltung derzeit außerstande, eine für die betroffenen bestehenden Schulen vertretbare Lösung des Zielkonfliktes zugunsten einer Angebotserweiterung für die behinderten Kinder anzubieten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.000 €	3.000 €	100 %	entfällt	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 ff	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 3
Rahmenkonzept des Ministeriums
Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums
Stellungnahmen der Sonderschulen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Klaus

Datum
16.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen	04.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Einbindung einer Schülerverepreterin/eines Schülerverepreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss vom 28.04.2000 hat der Rat der Stadt Siegen Herrn Muhammed Elemerler als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dirk Faßbender als stellvertretendes beratendes Mitglied für die Dauer der Schulzeit (ca. 2 Jahre) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen gewählt.

Nach Ablauf der Wahlzeit haben die Schülersprecherinnen und Schülersprecher der städtischen Schulen im Rahmen einer Informationsveranstaltung Herrn Hannes Gieseler (Bertha-von-Suttner-Gesamtschule) als beratenden sachkundigen Vertreter und Herrn Tobias Schuster (Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium) als Stellvertreter gewählt.

Nach Ablauf etwa eines Jahres wechselt die Stellvertretung auf Herrn Florian Giermann (Peter-Paul-Rubens-Gymnasium).

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	--	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Erner

Datum
14. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

05.06.2002

Rat

19.06.2002

Betreff:

Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2001

- 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht**
 - 2. Kenntnisnahme der restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben**
 - 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss**
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis,
2. nimmt die restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 zur Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt:

453.517,27 DM

im Vermögenshaushalt:

880.650,43 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Sachverhalt / Begründung:

Nachdem die Verwaltung bereits mit Vorlage vom 31.01.2001 den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat der Stadt Siegen in ihren Sitzungen am 13.02.

und 27.02.2002 über das vorläufige Jahresabschlussergebnis 2001 unterrichtet hatte, wird dem Rat nunmehr nach § 93 GO NW die vom Stadtkämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister festgestellte Jahresrechnung 2001 mit Rechenschaftsbericht vorgelegt.

Nachgewiesen ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und der Stand des Vermögens sowie der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres.

Der Rat verweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss. Über die geprüfte Jahresrechnung und damit zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters beschließt der Rat nach § 94 GO NW spätestens bis zum 31. Dezember des folgenden Jahres.

1. Kenntnisnahme des Jahresabschlussergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht

Als Anlage überreiche ich die Jahresrechnung 2001 mit den vorgeschriebenen Unterlagen - Rechenschaftsbericht -.

Die Haushaltsrechnung schließt wie folgt ab:

Verwaltungshaushalt (Seiten 4 und 5 des Rechenschaftsberichtes)

	Rechnungsergebnis DM	Haushalts-Soll DM
Soll-Einnahmen - bereinigt -	345.987.715,17	359.741.000,00
Soll-Ausgaben - bereinigt -	394.214.016,09	403.291.500,00
Gesamt-Fehlbetrag 2001	48.226.300,92	43.550.500,00
davon originärer Fehlbetrag 2000	9.402.290,87	4.726.500,00
Abschlussverschlechterung		<u>4.675.800,92</u>

Vermögenshaushalt (Seiten 6 und 7 des Rechenschaftsberichtes)

	Rechnungsergebnis DM	Haushalts-Soll DM
Soll Einnahmen und Soll-Ausgaben - bereinigt-	58.555.351,32	82.381.000,00
Fehlbetrag / Überschuss 2001	0,00	0,00

Im Abschluss wurde der Rücklage aus dem Vermögenshaushalt ein Betrag in Höhe von 124.600 DM gem. § 41 Abs. 3 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung zugeführt. Es handelt sich hierbei um abgelöste Stellplatzbeträge, die innerhalb des Rücklagenbestandes zweckgebunden separiert werden.

Die wesentlichen Abweichungen der Rechnungsergebnisse von den Haushaltsansätzen sowie die Abwicklung der Verpflichtungsermächtigungen sind im Rechenschaftsbericht erläutert.

2. Restliche über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2001

Nach § 82 Abs. 1 GO NW i. V. m. dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 24. November 1995 sind - mit Ausnahme der geringfügigen - alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben dem Rat zur Kenntnis vorzulegen. Im Rahmen des Rechenschaftsberichtes 2001 sind entsprechend der bisherigen Handhabung alle ergebnisrelevanten über- und außerplanmäßigen Ausgaben dargestellt.

Folgende über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind noch zur Kenntnis zu nehmen:

im Verwaltungshaushalt	453.517,27 DM
im Vermögenshaushalt	880.650,43 DM

Die Haushaltsüberschreitungen im Einzelnen mit den jeweiligen Begründungen sind aus den Zusammenstellungen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes im Rechenschaftsbericht (Anlage 3) zu ersehen.

In Vertretung

Gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Zentrales Finanzcontrolling
Bearbeitet von: Gerold Urrigshardt

Datum
22.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

05.06.2002

Rat

19.06.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Verwaltungshaushalt

In der zukünftigen Berichterstattung zum Haushaltsvollzug im Verwaltungshaushalt werden die Haupteinnahme- und Ausgabearten in ihrer bisherigen Abwicklung und mit der jeweiligen Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis dargestellt. Detaillierte Erläuterungen zu einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen (Haushaltsstellen) werden nur dann aufgeführt, wenn diese das Ergebnis des Gesamthaushaltes signifikant beeinflussen. Die Fachausschüsse werden von den jeweiligen Organisationseinheiten über die Abwicklung der Fachbereichs- und Institutsbudgets (Stand 30.04.2002) in Kenntnis gesetzt.

Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine endgültig abgesicherte Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis möglich ist. Dies trifft insbesondere für die von der Stadt nicht beeinflussbare Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu. Bei diesen tragenden Einnahmepositionen können sowohl negative als auch positive Entwicklungen das Jahresergebnis nachhaltig beeinflussen.

1.1 Verwaltungshaushalt - Einnahmen - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.2002	noch anzuordnen	Prognose zum Jahres- ergebnis 2002	Abweichung der Prognose vom HH-Soll	Abweichung der Prognose vom HH-Soll in %
Steuern, allg. Zuweisungen	120,85	62,16	58,69	109,50	-11,35	-9,39%
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	42,29	23,78	18,52	41,19	-1,10	-2,60%
sonstige Finanzeinnahmen	25,00	3,30	21,70	25,80	0,80	3,20%
Einnahmen gesamt:	188,14	89,24	98,90	176,49	-11,65	-6,19%

1.1. a) Steuern, allgemeine Zuweisungen

Die voraussichtlich in diesem Haushaltsjahr zu befürchtenden immensen Einnahmerückgänge bei den Steuern, allgemeinen Zuweisungen von rd. 11,35 Mio. € setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Gewerbsteuer nach Ertrag

Die im Haushalt 2002 eingestellte Einnahmeerwartung bei der Gewerbsteuer nach Ertrag geht von 33,0 Mio. € aus. Zum Berichtsstichtag 30.04.2002 waren lediglich rd. 24,63 Mio. € (74,64 %) auf das Haushalts-Soll angeordnet.

Die Gewerbsteuer ist zu einer nicht mehr kalkulierbaren Einnahmequelle geworden. Auf die verschiedentlich hierzu vorgenommene Berichterstattung wird verwiesen. Es kann derzeit nicht seriös prognostiziert werden, wie sich das Jahresergebnis tatsächlich abbilden wird. Gleichwohl ist von einer weiteren Erosion dieser Einnahmegrundlage auszugehen. Ausschließlich zum Zwecke der frühzeitigen Kalkulation gehe ich davon aus, dass das Rechnungsergebnis 2002 lediglich rd. 27,0 Mio. € betragen wird. Das entspricht einer Mindereinnahme von rd. 6,0 Mio. € gegenüber der Einnahmeerwartung laut Haushaltsplan.

Gegenüber dem bereits negativen Rechnungsergebnis 2001 (rd. 30,9 Mio. €) bedeutet dies einen nochmaligen Einnahmeverlust von rd. 3,9 Mio. €. Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 1999 (rd. 41,98 Mio. €) ergibt sich ein Rückgang von 35,69% bzw. rd. 14,98 Mio. €.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Das landesseitig zu verteilende Aufkommen an der Lohn- und Einkommensteuer ist - entgegen der Prognose im Orientierungsdatenerlass des Innenministeriums NW - im 1. Quartal 2002 und unter Berücksichtigung der Schlussabrechnung 2001 gegenüber dem Vorjahr um rd. 13 % eingebrochen.

Rechnet man das vereinnahmte Aufkommen des 1. Quartals 2002 für das Gesamtjahr hoch, so ergäbe sich bei gleichbleibender negativer Entwicklung ein Einnahmeausfall bei der Stadt Siegen in Höhe von rd. 4,8 Mio. € bzw. rd. 14,7 % (Haushaltsansatz 32,7 Mio. € / prognostiziertes Jahresergebnis 27,9 Mio. €). Der weitere Jahresverlauf wird zeigen, ob es zu solch einer desaströsen Entwicklung bei dieser Steuerquelle kommt.

1.1. b) Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Das prognostizierte Jahresergebnis bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb schließt auf der Grundlage des derzeitigen Bewirtschaftungsstandes mit einem Defizit von rd. 2,6 % bzw. rd. 1,1 Mio. € ab. Hierfür sind im Wesentlichen Mindereinnahmen aus verschiedenen Gebühren- und Entgeltbereichen verantwortlich.

1.1. c) Sonstige Finanzeinnahmen

Im Bereich der sonstigen Finanzeinnahmen wird von einer Verbesserung im Jahresergebnis von rd. 0,8 Mio. € ausgegangen. Dieses positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf prognostizierte Mehreinnahmen aus Beteiligungserträgen und den damit zusammenhängenden Steuererstattungen zurückzuführen.

1.2. Verwaltungshaushalt - Ausgaben – (in Mio. €)

	HH-Soll 2002	AO-Soll 30.04.02	Aufträge 30.04.02	noch verfügbar	Prognose zum Jahres ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose vom HH-Soll in %
sonstige Personal- ausgaben	2,23	0,95	0,01	1,27	2,13	-0,10	-4,48%
Persönliche Ausgaben SN A	55,56	19,79	0,00	35,77	56,26	0,70	1,26%
sächlicher Ver- waltungs- und Betriebsaufwand	42,83	19,16	2,04	21,63	43,20	0,37	0,86%
Zuweisungen und Zuschüsse	36,18	22,03	0,02	14,13	36,85	0,67	1,85%
sonstige Finanzausgaben	76,63	39,87	0,00	36,76	75,19	-1,44	-1,88%
Ausgaben gesamt:	213,43	101,80	2,07	109,56	213,63	0,20	0,09%

1.2. a) Sonstige Personalausgaben

Die sonstigen Personalausgaben werden sich voraussichtlich im Jahresergebnis um rd. 0,1 Mio. € verringern.

1.2. b) Personalausgaben SN A

Die von der Abteilung 2/2 – Personal - vorgenommene Personalkostenanalyse weist in der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis ein Überschreiten des durch den Rat der Stadt Siegen beschlossenen Haushaltsansatzes (rd. 55,56 Mio. €) um rd. 0,7 Mio. € (rd. 1,26 %) auf rd. 56,26 Mio. € aus.

Um den vom Rat vorgegebenen Haushaltsansatz erreichen zu können, sind über den bisherigen Umfang hinausgehende restriktive personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. das Verhängen einer Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen, erforderlich.

1.2. c) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die Prognosen der Organisationseinheiten zum sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand ergeben derzeit aggregiert eine voraussichtliche Überschreitung des Haushaltsansatzes (rd. 42,83 Mio. €) um rd. 0,37 Mio. € bzw. 0,86 % auf rd. 43,20 Mio. € aus.

Die Fachbereiche und Institute sind aufgefordert, diese geringfügige Überschreitung im laufenden Haushaltsjahr durch geeignete Maßnahmen aufzufangen.

1.2. d) Zuweisungen und Zuschüsse

Die im Jahresergebnis für die Zuweisungen und Zuschüsse ausgewiesene Ausgabenausweitung von rd. 0,67 Mio. € ist im Wesentlichen durch Mehrausgaben im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von rd. 1,26 Mio. € bedingt, die hauptsächlich durch Minderausgaben im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes teilweise aufgefangen werden können.

1.2. e) Sonstige Finanzausgaben

Das voraussichtlich um 1,45 Mio. € reduzierte Jahresergebnis 2002 bei den sonstigen Finanzausgaben resultiert im Wesentlichen aus Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rd. 0,83 Mio. € und der Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit in Höhe von rd. 0,39 Mio. €.

1.3. Verwaltungshaushalt - Entwicklung des Zuschussbedarfes - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.2002	Aufträge 30.04.2002	noch anzuordnen / noch verfügbar	Prognose zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose vom HH- Soll	Ab- weichung der Prognose vom HH- Soll in %
<u>Einnahmen</u> <u>gesamt:</u>	188,14	89,24		98,90	176,49	-11,65	-6,19%
<u>Ausgaben</u> <u>gesamt:</u>	213,43	101,80	2,07	109,56	213,63	0,20	0,09%
<u>Zuschuss(-) /</u> <u>Überschuss(+)</u>	-25,29	-12,56			-37,14	-11,85	46,86%

Der tabellarisch ausgewiesene Zuschussbedarf von rd. 25,29 Mio. € im Haushalts-Soll setzt sich aus dem zu finanzierenden Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von rd. 23,70 Mio. € und einem für 2002 geplanten originären Defizit von rd. 1,59 Mio. € zusammen.

Auf der Grundlage der Prognosen der Organisationseinheiten aller Geschäftsbereiche erhöht sich das originäre Defizit in 2002 um voraussichtlich rd. 11,85 Mio. € auf rd. 13,44 Mio. €. Auch unter der Berücksichtigung, dass die erstellten Prognosen noch einer gewissen Schwankungsbreite unterliegen, kann davon ausgegangen werden, dass das tatsächliche Ergebnis bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nicht gravierend von der jetzt erstellten Prognose (zusammen rd. 10,8 Mio. € Ausfall) abweichen wird.

Konsequenzen:

Das vorstehende Ergebnis zeigt, dass sich die ohnehin schwierige Haushaltslage der Stadt Siegen voraussichtlich weiter dramatisch verschlechtern wird.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 liegt derzeit noch nicht vor. Kämmererseitig werden derzeit quartalsweise lediglich 20 % der Ausgabehaushaltsansätze zur Bewirtschaftung freigegeben. Die hierzu von mir erlassene Bewirtschaftungsrichtlinie beabsichtige ich, für das gesamte Haushaltsjahr aufrecht zu halten. Weitergehende einschränkende haushaltswirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Verfügung einer Haushaltssperre, werde ich nach Genehmigung des Haushaltes 2002 vornehmen. Die Unterrichtung der städtischen Gremien ist dabei obligatorisch.

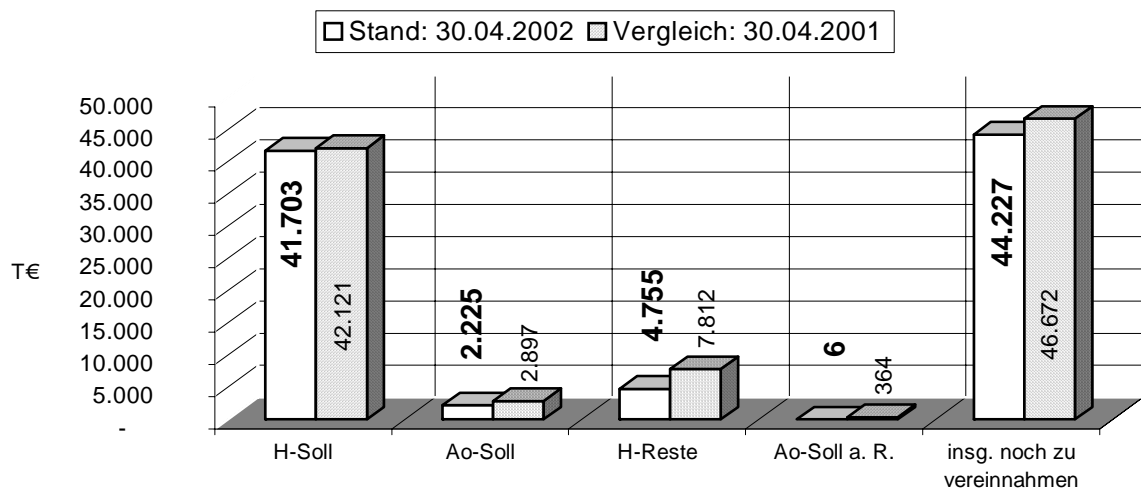
Gleichwohl ist erkennbar, dass wegen der relativ gering gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten auf das städtische Ausgabevolumen die sich abzeichnende Fehlbetragsausweitung auch durch eine Haushaltssperre nicht annähernd kompensiert werden kann.

Davon unabhängig sind alle Organisationseinheiten zur äußerst restriktiven Mittelbewirtschaftung in den Ausgabebereichen und zur konsequenten Einnahmeerwirtschaftung verpflichtet.

Die bereits jetzt prognostizierten Budgetabweichungen sind durch geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen der einzelnen Organisationseinheiten im Laufe des Jahres aufzufangen.

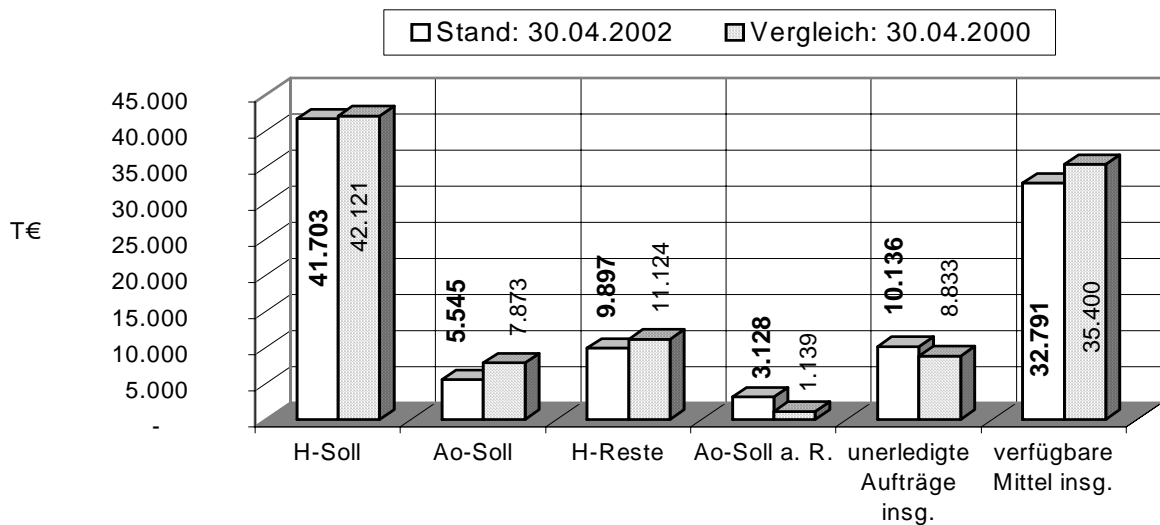
Eine fortwährende aufgabenkritische Einstellung aller Verantwortlichen in den Organisationseinheiten der Verwaltung und in der Politik muss monetäre Erfolge aufweisen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Siegen nicht noch weiter einzuschränken.

2.1 Vermögenshaushalt – Einnahmen – (Tabelle in T€)



100% / 5,34% (6,95%) / 100% / 0,13% (4,66%) / 95,20% (93,47%)
(In Klammern: Werte zum 30.04.2001)

2.2 Vermögenshaushalt - Ausgaben – (Tabelle in T€)



100% / 13,30% (18,69%) / 100% / 31,61% (10,24%) / 19,64% (16,59%) / 63,55% (66,49%)
(In Klammern: Werte zum 30.04.2001)

2.3 Erläuterungen zur Abwicklung des Vermögenshaushaltes

Bis zur Rechtskraft der Haushaltssatzung sind die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung zu beachten. Für den Vermögenshaushalt bedeutet dies, dass keine neuen Maßnahmen begonnen, sondern nur Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortgesetzt werden dürfen, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Haushaltsansätze oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren. Aufgrund dieser Tatsache ist zum jetzigen Zeitpunkt die Abgabe einer Prognose zum Jahresergebnis im Vermögenshaushalt nicht sinnvoll und wird daher auch nicht ausgewiesen.

Der sich im Wesentlichen aus Fortsetzungsmaßnahmen zusammensetzende investive Teil des Vermögenshaushaltes (Einzelpläne 0 - 8) hat ein Gesamtvolumen (H-Soll + H-Reste) von 35.953 T€ (72,2 % des Gesamt-Solls).

Neben den bisher getätigten Ausgaben (AO-Soll + AO-Soll auf Reste) von insgesamt 8,673 Mio. € (16,81 %) wurden Aufträge in einer Höhe von 10,136 Mio. € (19,64 %) erteilt.

Eine wesentliche Einnahmeposition des Vermögenshaushaltes sind mit rd. 8,0 Mio. € (19,18 % des H-Solls) die veranschlagten Erlöse aus der Veräußerung von RWE-Aktien. Mit diesem Betrag soll die Zuführung an den Verwaltungshaushalt (zur Verringerung des originären Fehlbedarfs im Jahre 2002) mit 8,0 Mio. € finanziert werden.

3. Kassenlage

Die Kassenlage ist wie im Vorjahr äußerst angespannt und wird sich durch die dargestellte Einnahmesituation im Verwaltungshaushalt weiter verschärfen.

Zum Jahresbeginn 2002 betrug das Kassenkreditvolumen zur Sicherung der Kassenliquidität rd. 48,57 Mio. €. Zum Berichtszeitpunkt 30.04.2002 hatten sich die Kassenkredite auf ein Niveau von rd. 63,59 Mio. € ausgeweitet.

Gegenüber dem Stand des Vorjahres (30.04.2001) von 57,78 Mio. € bedeutet dies eine Zunahme von 10,05 %.

Der Zinssatz für die Kassenkredite bewegte sich in 2002 bis zum 30.04. zwischen 1,56 % und 3,49 %. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden bereits rd. 1,2 Mio. € an Zinszahlungen zur Sicherung der Kassenliquidität aufgewendet.

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich 6
Bearbeitet von: Herrn Nöh, Herrn Sauerland

Datum
21.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

05.06.2002

Rat

19.06.2002

Betreff:

Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch Akquirierung von Hauptwohnsitzanmeldungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als Anreiz zur Hauptwohnsitzanmeldung, den Siegenger Studierenden, die von außerhalb kommen und ihren Hauptwohnsitz in Siegen anmelden, beginnend mit dem Wintersemester 2002/2003 einmalig die Kosten für das Semesterticket (derzeit 51 EURO) zu erstatten.

Sachverhalt / Begründung:

In Siegen studieren derzeit rd. 10.800 Studentinnen und Studenten. Von diesen stammen nach Angaben der Universität ca. 40 % aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein (incl. Stadt Siegen). Bei einer gewichteten Betrachtung nach der Einwohnerzahl aller kreisangehörigen Gemeinden und Städte kämen demnach ca. 1.500 Studierende unmittelbar aus Siegen und rd. 2.500 aus den Nachbargemeinden. Über 6.000 Studierende kommen aus der Region (Nachbarkreise) und auch aus weiteren Gebieten.

Insbesondere die Studierenden mit Wohnung/Zimmer in Siegen nutzen auch die Einrichtungen und Verkehrswege der Stadt. Die Stadt Siegen hat dafür zu sorgen, dass ihnen die Einrichtungen und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, dass sie erhalten, erneuert und verbessert werden, dass neue geschaffen werden. Ob Theater, Sportplatz, Schwimmbad, Straßen, Plätze, Radwege, Buslinien, kulturelle und soziale Angebote, etc. - damit die Studierenden hier in Siegen gut leben können -, muss die Stadt finanzielle Mittel aufwenden. Die Stadt Siegen kann ihr Angebot an die Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner nur dann aufrechterhalten und attraktiver machen, wenn genügend Geld dafür vorhanden ist.

Auf der städtischen Einnahmenseite stellen die staatlichen Zuschüsse eine beachtliche Position dar. Diese (u.a. Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz) sind auch davon abhängig, wie viele Einwohner/-innen mit Hauptwohnung gemeldet sind. Da sich viele Studierende entweder gar nicht oder nur mit Nebenwohnung anmelden, erhält die Stadt Siegen hierfür keine entsprechenden Zuweisungen. Dennoch muss sie ihr Angebot auch für diesen Personenkreis vorhalten bzw. auf diesen ausweiten. Dadurch wird der "Stadtsäckel" im Vergleich zu anderen Gemeinden zusätzlich belastet.

Die Studierenden sollen die Vorzüge ihres Studienortes genießen können und sich hier wohl fühlen. Dafür sollten sie ihn auch unterstützen. Der einfachste Weg dazu ist mit der Anmeldung der Hauptwohnung in Siegen aufgezeigt. Wer eine Wohnung/ein Zimmer bezieht, muss sich bei der entsprechenden Meldebehörde anmelden, und zwar innerhalb einer Woche, nachdem die Wohnung bezogen wurde. Dabei stehen die Studierenden vor der Frage: Melde ich mich mit einer Hauptwohnung oder einer Nebenwohnung an? Als Hauptwohnung gilt die vorwiegend benutzte Wohnung. Studierende haben nach der Rechtsprechung ihre Wohnung dort, wo sie sich innerhalb eines Jahres voraussichtlich überwiegend (mehr als 6 Monate) aufhalten. Dabei bestimmt sich die vorwiegende Benutzung der Wohnung nicht nach der Dauer des Aufenthaltes in der Wohnung selbst, sondern nach der Dauer des Aufenthaltes an dem Ort, in dem sich die Wohnung befindet.

Die derzeitigen und künftigen Siegener Studierenden sollen entsprechend informiert werden mit dem Ziel, entsprechend der melderechtlichen Bestimmungen ihre derzeitige bzw. neue Wohnung in Siegen für die Zeit ihres Studiums als Hauptwohnung anzumelden.

Da einige Universitätsstädte (z.B. Dresden, Gießen, Marburg) bereits als Vorreiter von Initiativen zur Anmeldung des Hauptohnsitzes mit bemerkenswerten, unterschiedlichen Anreizen/Unterstützungen werben, wurde zunächst nach einer Siegen-spezifischen Variante der Unterstützung gesucht. Naheliegend wäre die Ausdehnung der Leistungen nach dem Siegener Ausweis auf Studierende mit Hauptohnsitz in Siegen.

Bei der generellen Ausweitung der Anspruchsberechtigung für alle Studenten auf den Siegener Ausweis ist jedoch mit erheblichen finanziellen Einbußen bei der Musikschule und der Volkshochschule zu rechnen, die nicht mehr als haushaltsverträglich für die betreffenden Unterabschnitte zu bezeichnen sind.

Daher wurden andere Vergünstigungen/Möglichkeiten näher betrachtet:

Nach eingeholten Informationen anderer Universitätsstädte in Deutschland fielen insbesondere drei Städte durch ihre attraktiven Maßnahmen auf:

Dresden

Die Landeshauptstadt Dresden zahlt auch im Jahr 2002 eine Umzugsbeihilfe an Studierende, die in Dresden studieren und ihren Hauptohnsitz deshalb erstmals von außerhalb nach Dresden verlegen.

Die Anmeldung der Hauptwohnung muss in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2001 erfolgt sein. Danach kann der Student oder die Studentin die Umzugsbeihilfe in Höhe von 250 Euro beim Studentenwerk Dresden beantragen.

Sie wird für die Dauer des Studiums nur einmal gewährt.

Marburg

Studierende in Marburg mit Hauptwohnsitz bekommen 11 Euro für das Semesterticket pro Semester von der Stadt zurückerstattet.

Gießen

Studierende in Gießen mit Hauptwohnsitz bekommen einmalig die Kosten für das Semesterticket von der Stadt zurückerstattet.

Studierende mit Hauptwohnsitz können außerdem bei geringem Einkommen den "Gießen-Pass" beantragen. Damit vergünstigen sich die Eintrittspreise fürs Schwimmbad und fürs Theater. Der Gießen-Pass ist aber nicht mit dem Siegener Ausweis vergleichbar. In der Stadt Siegen erhalten die Studierenden mit ihren Studentenausweisen bereits Vergünstigungen, die den Leistungen des Gießen-Passes zum Teil entsprechen.

Es wird daher vorgeschlagen - wie in Gießen -, einmalig die Kosten für das Semesterticket (in Siegen derzeit 51 EURO) „als Begrüßungsgeschenk“ zu erstatten. Gegenüber den einheimischen Studierenden würde dies keine unzulässige Bevorteilung darstellen, da „auswärtige“ Studierende wegen der doppelten Haushaltsführung in der Regel durch höhere Fahrtkosten belastet werden.

Die Zuschussgewährung ist über die zu erwartende positive Auswirkung auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen zu kompensieren. Pro Einwohner betragen die Zuweisungen 2002 gemäß GFG rd. 683 EURO. Davon abzuziehen ist der Betrag, der an den Kreis Siegen-Wittgenstein in Höhe von rd. 213 EURO als Kreisumlage abzuführen ist. Mithin verbleiben mit jeder Neuanschuldung rd. 470 EURO jährlich für den städtischen Haushalt. Bei dieser Zuschuss-Regelung verbleiben netto deutlich Überschüsse im städtischen Etat. Dies wird mit den nachstehenden, beispielhaften Vergleichsberechnungen belegt.

Vergleichsberechnungen:

Mehreinnahme Schlüsselzuweisungen (netto nach Abzug Kreisumlage)

bei **50** Neuanschuldungen Hauptwohnsitz x 470 EURO = 23.500 EURO

Zuschuss Semesterticket **50** x 51 EURO = 2.550 EURO

„Ertrag“ für den städtischen Haushalt = 20.950 EURO

Mehreinnahme Schlüsselzuweisungen (netto nach Abzug Kreisumlage)

bei **250** Neuanschuldungen Hauptwohnsitz x 470 EURO = 117.500 EURO

Zuschuss Semesterticket **250** x 51 EURO = 12.750 EURO

„Ertrag“ für den städtischen Haushalt = 104.750 EURO

Mit entsprechenden Werbeaktivitäten sollen die derzeitigen und künftigen Sieger Studierenden informiert werden. Diese Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind nicht als einmalige Aktion angelegt. Es müssen zahlreiche Dienststellen, Institutionen etc. eingebunden werden. Dazu haben bereits mehrere Vorgespräche mit dem Studentenwerk und dem ASTA der Uni Siegen stattgefunden. In diesen wurde eine engere Kooperation vereinbart.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
können derzeit noch nicht abge-	können derzeit noch nicht abge-	über Mehreinnahmen im Finanz-		<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH überplanmäßig im UA 111	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/1
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum
29.01.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss V - West	22.04.2002
Bauausschuss	29.04.2002
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	16.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

I. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil (Alt-)Siegen
II. Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" im Stadtteil (Alt-) Siegen;
hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden zu den beiden Bauleitplänen keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen eines Trägers öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft zu den beiden Bauleitplänen wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Die von der Pipeline Engineering angeregte planungsrechtliche Sicherung der Ruhrgasleitung LA 416 ist durch das im Bebauungsplan Nr. 308 für das Flurstück 125 festgesetzte Leitungsrecht zugunsten der Stadt Siegen, ESi sowie der Versorgungsträger für Gas, Strom, Wasser und Fernmeldewesen berücksichtigt.

- 2.2 Der von dem Einwender Auf der Schemscheid 33 vorsorglich eingelegte Widerspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 308 ist gegenstandslos.
- 2.3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäß Beschluss des Bauausschusses am 20.08.2001 die von den Einwendern Auf der Schemscheid 15 und 33 angeregte Beseitigung der Engstelle in der Straße Auf der Schemscheid im Bereich des Stützpfeilers der aufgeständerten Hüttentalstraße durch eine separate Fahrspur stadteinwärts, nicht berücksichtigt wird.
- 2.4 Die beiden Schreiben des Einwenders Auf der Schemscheid 22 - 26 werden zur Kenntnis genommen.
Der Widerspruch gegen die im Bebauungsplan Nr. 308 festgesetzte Wendeanlage am Ende der Straße Auf der Schemscheid wird zurückgewiesen.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
- 3.1 die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 5 der Vorlage;
- 3.2 den Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
- 3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" laut Anlage 6 der Vorlage.

Sachverhalt / Begründung:

...

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
08.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss I - Geisweid	02.05.2002
Bauausschuss	13.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel;

hier: & Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

& Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der TÖB

& Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 49 "Berghofstraße" und ihre öffentliche Auslegung

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel und seine öffentliche Auslegung mit Begründung.
2. Über die von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der Bürgerbeteiligung vom 07.01. - 21.01.2002 vorgebrachten Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Die Anregungen zum Drempel und zu den Dachgauben werden berücksichtigt.
 - 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass von den beteiligten Trägern öffentlicher Belange (TÖB) für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung keine bedeutsamen Planungen und sonstige Maßnahmen angegeben wurden.

Sachverhalt / Begründung:

Das Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das gesamte Plangebiet. Die Bebauung des Plangebietes ist bis auf wenige Baulücken abgeschlossen.

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" sind Eigenheime in Flachdach- und Satteldachbauweise errichtet worden. Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der Berghofstraße und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind.

Diese Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In den anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig. Entsprechend sind die Häuser so errichtet worden.

Mit der Begründung, Wohnraum zu schaffen und deshalb neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, ist von einigen Bürgern diese Änderung beantragt worden.

In der Zeit vom 07.01. bis 21.01.2002 ist eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Die Niederschrift ist als Anlage beigelegt. Während dieser Bürgerbeteiligung sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, Drempele und Dachgauben zuzulassen. Den Anregungen wird gefolgt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation werden die Gestaltungsvorschriften des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" wie folgt geändert:

Dächer

1. Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
2. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
3. Dachaufbauten sind mit einer Mindestdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein.
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunterliegenden Außenwandbreite betragen.
4. Drempele sind nur bis 0,50 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
5. Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mindestens lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mindestens ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

6. Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

Offenlegungsbeschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt - wie unter Ziff. 1. der Vorlage aufgeführt - die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" und seine öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit Begründung.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 2

B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße"
im Stadtteil Siegen-Meiswinkel

1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Meiswinkel an der Berghofstraße und ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

2. Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung liegt in einem mit frei stehenden Eigenheimen bebauten Bereich beidseitig der Berghofstraße.

Die Grundstücke des Planbereiches sind größtenteils bebaut.

Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der "Berghofstraße" und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind. Die Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

Mit der Begründung, neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, um Wohnraum zu schaffen und der Flachdachproblematik zu entgehen, ist die Zulassung von Satteldächern beantragt worden.

Eine daraufhin von der Stadt Siegen durchgeführte Anwohnerbefragung ergab, dass sich die Mehrheit für eine Änderung der Gestaltungsvorschriften ausgesprochen hat, während vier Anlieger sich gegen eine Änderung ausgesprochen haben. Während der Bürgerbeteiligung ist die Zulassung von Drempeln und Gauben beantragt worden. 2 Bürger haben die Änderung begrüßt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation sollen folgende Festsetzungsvorschläge umgesetzt werden:

Dächer

2.1 Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

2.2 Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.

- 2.3 Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
- 2.4 Drennpel sind nur bis 0,50 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
- 2.5 Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.
- 2.6 Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

3. Erschließung, Ver- und Entsorgung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Stellplätze

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die vorhandenen Erschließungsstraßen.

Die Ver- und Entsorgung ist durch die vorhandenen Leitungsnetze sichergestellt.

Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch die Bebauungsplanänderung nicht ausgelöst.

Stellplätze müssen, soweit Dachgeschosse zu Wohnzwecken ausgebaut werden und eine selbständige Wohnung entsteht, auf den Grundstücken selbst nachgewiesen werden.

4. Kosten

Kosten entstehen der Stadt durch diese Bebauungsplanänderung nicht.

Siegen, im März 2002

Stadt Siegen
Fachbereich 7 / Stadtplanung
I. A.

Ulrike Rohr

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von:

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

05.06.2002

Betreff:

Strukturoffensive Siegen-Mitte - Einrichtung eines Projektbüros

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuß beschließt, die Umsetzung der Strukturoffensive Siegen-Mitte durch die anteilige Finanzierung des „Projektbüros Oberstadt“ in Höhe von 30.000 Euro aus zweckgebundenen Mitteln für strukturfördernde Maßnahmen in der Oberstadt zu unterstützen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Rückblick

Die Strukturoffensive Siegen-Mitte ist eine Gemeinschaftsinitiative der Stadt Siegen, der Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e. V. und des Aktionsrings unter dem Krönchen e. V.. Ins Leben gerufen wurde die Initiative vor dem Hintergrund der Verwerfungen, die insbesondere den innerstädtischen Handel betreffen und die sich in der Verlagerung der Kundenströme von der Ober- in die Unterstadt niederschlagen.

Ein Arbeitskreis, zusammengesetzt aus Vertretern von Rat und Verwaltung, Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Universität Siegen, hat im August 2000 eine Situationsanalyse erstellt und Leitlinien für eine zukunftsfähige Entwicklung der Innenstadt formuliert.

Zu den Kernaussagen dieses Strategiepapiers gehören folgende Punkte:

- Die Siegener Oberstadt braucht einen Entwicklungsansub. Dazu ist eine **von allen Seiten getragene** Offensive notwendig.

- Ober- und Unterstadt sind als oberzentrale Einheit zu betrachten. Ihre Angebotsstruktur soll sich gegenseitig ergänzen und stärker miteinander verbunden werden.
- Während die Unterstadt vom großflächigen Einzelhandel geprägt ist, eignet sich die Oberstadt besser für einen einzigartigen Nutzungsmix bestehend aus kleinflächigem und qualitativ hochwertigem Einzelhandel, abwechslungsreicher Gastronomie und Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Die Empfehlung des Arbeitskreises zur Umsetzung der Strukturoffensive lautete, ein Projektbüros bzw. einer Anlaufstelle vor Ort einzurichten, die mit einer hauptamtlichen Kraft besetzt ist und als Koordinierungsstelle die Entwicklung der Oberstadt vorantreibt.

Als Voraussetzung für die Realisierung wurde festgehalten, dass eine Kooperationsfinanzierung von Stadt und Privatwirtschaft notwendig sei.

Der Ergebnisbericht des Arbeitskreises „Strukturoffensive Siegen-Mitte“ einschließlich der Umsetzungsempfehlungen wurde vom Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Siegen am 20.9.2000 beschlossen.

Einem Antrag der Stadt Siegen auf Förderung des Projektbüros „Strukturoffensive Siegen-Mitte“ aus Mitteln der Stadterneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde unter Hinweis auf die Förderrichtlinien nicht entsprochen, so dass die Umsetzung im Jahr 2001 ausgesetzt werden mußte.

2. Aktueller Sachstand

Zwei Jahre nach Verabschiedung der Leitlinien für die Entwicklung der Innenstadt läßt sich feststellen, dass die Strategie, der Oberstadt einen Entwicklungsanschub zu geben, nichts an Dringlichkeit verloren hat. Der Trend zur Verlagerung von Kundenströmen von der Ober- in die Unterstadt hält ungebrochen an. Zwar wurde durch die Neugestaltung von Plätzen die Aufenthaltsqualität der Oberstadt deutlich verbessert. Auch tragen Veranstaltungen temporär zur Belebung des Quartiers bei. Es mangelt jedoch an einer nachhaltigen, strukturellen Verbesserung des Angebotsmix.

Der akute Handlungsbedarf hat die Verwaltung veranlaßt, gemeinsam mit der GSS e. V. und dem Aktionsring unter dem Krönchen e. V. die oben beschriebene Umsetzungsstrategie wieder aufzugreifen.

In einer ersten Arbeitsphase wurde zwischen Februar und April 2002 eine umfassende Befragung zur Beschaffenheit und Nutzung von Immobilien in der Oberstadt durchgeführt. Interviewt wurden 170 Eigentümer. Auch ermittelt wurden bei den Gesprächen die Präferenzen der Inhaber im Hinblick auf eine zukünftige Nutzung ihrer Immobilie.

Die Befragung wurde Mitte April 2002 abgeschlossen. Die Erkenntnisse aus der bislang umfassendsten Bestandserhebung zur Situation in der Oberstadt warten nun auf ihre konzeptionelle Auswertung und die Umsetzung in Marketingmaßnahmen.

3. Weiteres Vorgehen

Phase 1 wurde von Mitarbeiter/innen der GSS unter Freistellung von anderen Aufgaben erledigt. Zur konsequenten Umsetzung der weiteren Schritte kann weder auf personelle Kapazitäten in der Stadt Siegen noch auf das GSS-Personal zurückgegriffen werden.

Die befristete Einstellung einer hauptamtlichen Kraft, mit der das Projektbüro besetzt wird, ist deshalb zwingend erforderlich.

Zur Aufgabenstellung des Projektbüros

- Das Projektbüro fungiert als Schnittstelle zwischen Eigentümern, Mietern, potentiellen Nutzern, Verwaltung, Verbänden und Behörden.
- Es steht in enger Verbindung zu den städtischen Abteilungen (Stadtplanung, Bauaufsicht, Ordnungsabteilung, Grünflächen, Stadtreinigung, Straße und Verkehr, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung) und bietet Beratung und Vermittlung in allen Fragen an, die für eine Standortentscheidung von Belang sind.
- Das Projektbüro arbeitet eng zusammen mit der IHK, mit dem Einzelhandelsverband, mit dem Hotel- und Gaststättenverband und mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein, wenn es um die Erarbeitung von Angeboten für bestimmte Investoren- und Nutzergruppen geht.

Zu den konkreten Aufgabe des Projektbüros gehört die Erarbeitung eines Marketingkonzeptes für die Oberstadt. Dieses Marketingkonzept soll umfassen

- die Entwicklungsziele für die Revitalisierung der Oberstadt
- eine Zielgruppenanalyse möglicher Nutzer und Investoren entsprechend der Entwicklungsperspektive für die Oberstadt.
- einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Standorts Oberstadt
- ein Kommunikationskonzept. Dieses Kommunikationskonzept soll die Standortvorteile erfassen und darstellen in Form von Broschüren, Internet-Präsentation, Pressearbeit, Anzeigen, Mailing-Aktionen etc..

Weiterhin vermittelt das Projektbüro die Standortvorteile durch die erstellten Werbemittel und durch persönliche Gespräche an potentielle Investoren und Nutzer.

Es gehört **nicht** zu den Aufgaben des Projektbüros, **Mietverträge** abzuschließen oder **Verkaufsverhandlungen** zu führen. Abschlüsse werden unmittelbar zwischen dem Eigentümer bzw. dessen Vertretung und dem Interessenten getätigt.

Laufzeit, organisatorische Anbindung und Finanzierung des Projektbüros

Vorgesehen ist, das Projektbüro zum nächst möglichen Zeitpunkt und zunächst befristet auf ein Jahr mit einer Vollzeitkraft zu besetzen. Bewerber/innen sollen eine Qualifikation aus den Bereichen Betriebswirtschaft / Marketing / Kommunikation mitbringen. Organisatorisch angebunden ist das Projektbüro an die GSS e. V.. Die Personalauswahl wird von GSS und Stadt Siegen gemeinsam getroffen.

Personal- und Sachkosten des Projektbüros sind für die Laufzeit von einem Jahr mit 60.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen

auf die Stadt Siegen 30.000 Euro

auf die private Wirtschaft
(GSS, Aktionsring,
Eigentümer und
Unternehmen) 30.000 Euro

Die Finanzierung des städtischen Anteils ist durch Mittel der ECE Projektgesellschaft mbH abgedeckt, die der Stadt Siegen zweckgebundenen für strukturfördernde Maßnahmen in der Oberstadt zur Verfügung gestellt wurden. Von der ursprünglich gewährten Zuwendung stehen mit Stand vom 27.5.2002 noch 66.467 Euro zur Verfügung.

GSS und Aktionsring übernehmen ihrerseits die Garantie, den 50prozentigen Anteil der privaten Wirtschaft zu erbringen.

Wegen der außerordentlich hohen stadtentwicklungspolitischen Priorität der Strukturoffensive Siegen-Mitte empfiehlt die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Siegen zu beschließen, den Betrag von 30.000 Euro zur Finanzierung des Projektbüros freizugeben und die Stellenbesetzung zum nächst möglichen Zeitpunkt vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
60.000,00 €		30.000,00 €		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 66.467,00 €	Haushaltsstelle Verwahr- buch 2053 0 1925
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	--

Ulf Stötzel